

ver.di

HANDEL

Informationen aus Einzel- und Großhandel

NR. 3 09. JAHRGANG
SEPT. 2010

INHALT

► **JOBKILLER:** Selfscanner-Kassen bei Ikea und anderswo vernichten Arbeitsplätze. Junge ver.di-Mitglieder brachten bei einer Aktion Regalstopper in Umlauf **Seite 2**

► **START IN HAMBURG:** In der Hansestadt war im August Auftakt für die Kampagne »Handel(n) ausgezeichnet« **Seite 4**

Nächste Beilage »Handel«:
November 2010

IMPRESSUM

Herausgeber: Margret Mönig-Raane, Frank Bsirske, Bundesvorstand Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, 0 30-69 56-0 **Redaktion & Gestaltung:** Andreas Hamann, Claudia Sikora, bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel. 0 30-61 39 36-0, Fax: 0 30-61 39 36 18, E-Mail: info@bleifrei-berlin.de **Druck & Vertrieb:** alpha print medien AG



KARSTADT GERETTET: In der Straße Unter den Linden, mitten in Berlin, feiern Karstadt-Beschäftigte und Gewerkschafterinnen die Rettung des Warenhaus-Unternehmens. Am 3. September stimmte das Amtsgericht Essen dem Insolvenzplan zu (ausführlicher im Hauptteil von PUBLIK)

FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT

VER.DI UND DIE KIRCHEN MACHEN WEITER GEGEN VERFASSUNGSWIDRIGE ÖFFNUNGEN MOBIL

Sonntagschutz: Das Thema bleibt heiß

Zunehmend mehr Betriebsräte und ver.di-Mitglieder aus dem Handel kümmern sich um den Sonntagschutz. Sie verteidigen den oft einzigen Tag, an dem stressfreie Zeit für gemeinsames Leben in der Familie oder im Freundes- und Bekanntenkreis bleibt. »Wir bauen darauf, dass die Stimme der Einzelhandelsbeschäftigten noch richtig laut wird«, sagt ver.di-Bundesfachgruppenleiter Ulrich Dalibor mit Blick auf die nächsten Monate. Neue Konflikte um Ausnahmeregelungen für Sonntagsöffnungen zeichnen sich in mehreren Teilen Deutschlands ab.

Das Bundesverfassungsgericht, das in seinem Urteil vom Dezember 2009 die Berliner Öffnungen an allen vier Adventsontagen für rechtswidrig erklärte, hat die Schutzmöglichkeiten für den freien Sonntag gestärkt. »Für Betriebsräte liefert das Karlsruher Urteil neue und klare Argumente, um Sonntagsarbeit abzulehnen«, sagt Ulrich Dalibor. Verkaufsoffene Sonntage sind nach der Entscheidung der Bundesrichter nur noch durch ein gewichtiges öffentliches Interesse zu rechtfertigen. »Ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstel-

leninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse (»Shopping-Interesse«) potenzieller Käufer genügen grundsätzlich nicht«, heißt es wörtlich in der Begründung. Mehr als fragwürdig ist damit die Genehmigung von speziell für den Einzelhandel »gebastelten« Sonntagsevents. Das gilt ebenso für die in der Berliner Gesetzesnovelle zur Ladenöffnung erneut geplanten zehn Verkaufssonntage.

Neue Konflikte

Einen Vorgeschmack auf kommende Konflikte auch in anderen Regionen der Bundesrepublik gab es Mitte August in Sachsen, wo der Dresdner Stadtrat mit einer hauchdünnen Mehrheit vier Sonntagsöffnungen genehmigte. Hier kündigen sich neue politische und juristische Auseinandersetzungen an. Die Überzeugung, dass die vom Bundesverfassungsgericht sehr eng gezogenen Grenzen in diesem Fall gesprengt wurden, vertritt auch die kürzlich gebildete lokale »Allianz für den freien Sonntag«. Eine der Gründerinnen ist die Dresdner Ikea-Betriebsratsvorsitzende Regine Posern.

Im Stadtrat warnte sie davor, »den letzten freien Tag der Woche für die Wirtschaftsgesellschaft zu opfern«.

Die »Allianzen für den freien Sonntag« gibt es bereits auf Bundes- und Länderebene (Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, demnächst Hessen) sowie in vielen Kommunen. Das kirchlich-gewerkschaftliche Bündnis wird von verschiedenen Organisationen der katholischen und der evangelischen Kirche sowie von ver.di getragen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, verfassungswidrige Sonntagsöffnungen zu stoppen und das Sonntagsbewusstsein in der Öffentlichkeit zu stärken.

Auf der europäischen Ebene bereitet der gewerkschaftliche Zusammenschluss UNI-Europa Handel, zu dem ver.di gehört, momentan eine Kampagne gegen Sonntags-, Nacht- und Spätarbeit vor. Diese Kampagne soll auch dazu beitragen, dass der arbeitsfreie Sonntag endlich in der Arbeitszeitrichtlinie der EU verankert wird. UNI Handel will darüber hinaus eine europäische »Allianz für den freien Sonntag« mit auf den Weg bringen. **ANDREAS HAMANN**

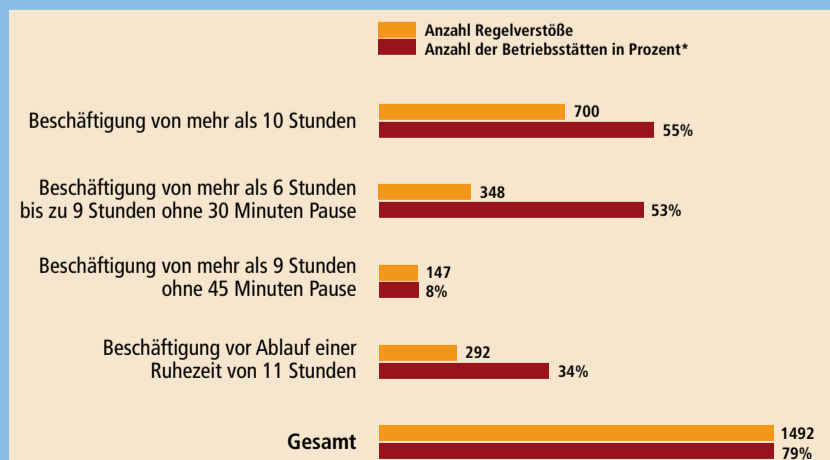
MOMENT MAL!

Die Bude mit Süßigkeiten neben Springburg und Karussell dürfte eigentlich nicht mehr ausreichen, damit irgendeine Behörde in Deutschland eine Ausnahme vom Schutz des arbeitsfreien Sonntags genehmigt. Die Zeit der Wettbewerbe um die meisten Verkaufssonntage müsste eigentlich vorbei sein. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr klar geurteilt: Wirtschaftliche Interessen von Ladenbesitzern und Shopping-Bedürfnisse von Konsumenten reichen grundsätzlich nicht für Ausnahmen vom Sonntagschutz. Dass diese klare Ansage in der Praxis hinreichend berücksichtigt wird, ist allerdings kein Selbstläufer. Wir werden deshalb zusammen mit unseren Bündnispartnern alle Möglichkeiten ausschöpfen, um verfassungswidrige Sonntagsöffnungen zu stoppen. Betriebliche, juristische und politische Aktivitäten sind dringend notwendig. Der Staat muss seine Schutzgarantie für den arbeitsfreien Sonntag gewährleisten. Dazu brauchen wir auch eine bundeseinheitliche Regelung für den Sonn- und Feiertagschutz.



ULRICH DALIBOR

VERSTÖSSE GEGEN DAS ARBEITSZEITGESETZ



* bezogen auf 65 Betriebsstätten mit auswertbaren Arbeitsnachweisen
http://projekte.sozialnetz.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaabbxid

DATEN & FAKTEN

► Nach Verlängerung der Ladenöffnungszeiten haben einer Untersuchung des hessischen Arbeitsministeriums zufolge im Einzelhandel die Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz zugenommen.

► Bei der Detailauswertung der Arbeitszeitnachweise von 65 Betriebsstätten in Hessen wurden in 51 (79%) insgesamt 1492 arbeitszeitrechtliche Verstöße festgestellt.

► Aus der Beratungspraxis hat ver.di auch in anderen Bundesländern die Erkenntnis, dass Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz vermehrt vorkommen. **INFOGRAFIK: BLEIFREI**

AKTIV FÜR DEN FREIEN SONNTAG

Aktionsanregungen zum Sonntagschutz



Um den Sonntag als Ruheinsel zu verteidigen, gibt es viele Möglichkeiten. Anregungen für Aktionen, Materialien, Unterstützung und Informationen finden sich in einer neuen Broschüre der »Allianz für den freien Sonntag« und auf ihrer Internetseite (www.allianz-fuer-den-freien-Sonntag.de). Die 90-seitige Broschüre kostet 4 Euro.

EINZELHANDEL

KURZ & KNAPP

► **ENTLARVEND:** Bei chinesischen Textilzulieferern von Aldi und in Metro-Großhandelsmärkten in China kommt es teilweise zu gravierenden Arbeitsrechtsverletzungen. Das wird in der neuen Studie des Südwind-Instituts belegt. Am schlechtesten sind die Bedingungen bei Aldi-Zulieferern, wo exzessiv unbezahlte Überstunden geleistet werden, so die Autorin Ingeborg Wick. Download: www.suedwind-Institut.de

METRO-KONZERN

450 Stellen in Gefahr

Ein Schock für rund 450 Beschäftigte: Die Metro AG will konzernweit alle Buchhaltungsprozesse bündeln und weitgehend ins Ausland verlagern. Geplant ist im Rahmen des Projektes »Cora« jeweils ein Standort in Osteuropa und einer in Asien.

In Deutschland sind neben der Holdinggesellschaft auch die Vertriebsparten real-, an den Verwaltungsstandorten Alzey, Kamen und Mönchengladbach, die Großhandelspartie C&C (Düsseldorf), die MGL (Sarstedt) und die MAM (Saarbrücken) betroffen. Dort fallen 450 Arbeitsplätze weg, wenn die Pläne umgesetzt werden. Inzwischen gibt es erste Proteste, weitere sind geplant. In einem offenen Brief an die real-, Geschäftsführung haben die Kamener Beschäftigten ihr Entsetzen geäußert. Die Betriebsräte an den Standorten Kamen und Düsseldorf fordern in einem Schreiben vom Metro-Vorstandschef Cordes soziale Verantwortung ein. »Diskutieren Sie mit uns und den Betroffenen sozial verträglichere Modelle, die den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland ermöglichen«, heißt es wörtlich.

SCHLECKER

Keine billige Geldquelle

Bei Schlecker ist ein heftig aufflammender Streit um die Bezahlung von Überstunden vorerst beigelegt worden. Anders als bisher üblich, hatte der Drogerie-Discounter die im Juni und Juli geleistete Mehrarbeit in den Folgemonaten nicht mehr ausbezahlt, sondern als »Depotstunden« gutgeschrieben. Und das, obwohl die Einrichtung solcher Zeitkonten eindeutig der Mitbestimmung unterliegt. »Ein solches Vorgehen verletzt auch tarifliche Regelungen sowie eine bestehende Gesamtbetriebsvereinbarung«, erläutert Achim Neumann (ver.di). Für viele Beschäftigte, die Teilzeitverträge mit sehr geringer Stundenzahl haben, resultieren daraus unmittelbare existenzielle Nöte. Unterstützt von ver.di gelang es dem GBR Mitte August, erst einmal Abhilfe zu schaffen. Die Schlecker-Personalleitung sagte zu, dass die seit Juni geleistete Mehrarbeit mit der Lohn- und Gehaltsabrechnung für August 2010 ausbezahlt wird.

Wie die Drogeriekette in Zukunft verfahren will, blieb bis Redaktionsschluss Ende August offen. »Es wird höchste Zeit, dass Schlecker sich stabilisiert und für ein besseres Image sorgt«, meint Achim Neumann. »Wer meint, die Beschäftigten als billige Geldquelle benutzen zu können, hat die Lektion immer noch nicht verstanden.«

AHA



Bei Ikea in Berlin und Kassel sorgten die Regalstopper für einigen Wirbel

Self-Scannerkassen sind echte Jobkiller

Mit spontanen Aktionen haben jetzt junge ver.di-Mitglieder aus dem Handel in mehreren Einrichtungshäusern von Ikea auf die Problematik von Self-Scannerkassen aufmerksam gemacht und Solidarität mit den Beschäftigten praktiziert.

Bei Gesprächen mit Kundinnen und Kunden klärten sie über die negativen Folgen der neuen automatischen Kassensysteme auf, die immer mehr Arbeits-

plätze vernichten. Das war auch die deutliche Ansage auf Regalstoppern, die von den Aktivistinnen der »SoKo Jugend« in den drei Berliner Ikea-Häusern sowie in Kassel zum Einsatz gebracht wurden.

Appell: Zahlt immer an einer normalen Kasse!

»Kämpft mit der ver.di-Jugend gegen die Jobkiller – spricht mit euren Freun-

dinnen und Freunden darüber und zahlt an einer normalen Kasse, egal ob in einem schwedischen Einrichtungshaus oder sonstwo!«, so ihr Appell. »Da die Personaldecke durch Self-Scannerkassen immer weiter ausgedünnt wird, sprechen wir uns klar und deutlich gegen diese Jobkiller aus.« Betroffen seien auch Auszubildende, deren Chancen auf Übernahme sich verringern würden. Weitere Aktionen dieser Art sind in Vorbereitung.



FOTOS: VER.DI

VER.DI-LANDESFACHBEREICH STELLT FORDERUNGEN AN NRW-LANDESREGIERUNG



Politische Schritte, die die Lage von hunderttausenden Handelsbeschäftigten unmittelbar verbessern würden, hat in Nordrhein-Westfalen der ver.di-Landesfachbereich Handel von der neuen Landesregierung gefordert.

In einer Erklärung zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden die dort unter der Überschrift »Gute Arbeit« formulierten Ziele – u.a. Zurückdrängung prekärer Beschäftigung, Einführung eines gesetzlichen

Leistungen erhalten wie die Stammbeslegschaften der entleihenden Betriebe. Befristete Verträge ohne Sachgrund gehörten ebenso abgeschafft wie die Steuer- und Sozialversicherungsprivilegierung der so genannten Minijobs.

Anforderungen an einen Mindestlohn

Schließlich verweist ver.di Handel auf die NRW-Verfassung, in der es heißt:

Politik für uns im Handel

Mindestlohn und wirksamer Sonntagschutz – unterstützt. Dann konkretisiert der Landesfachbereich seine Forderungen: LeiharbeiterInnen müssten die gleichen

»Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn. Das gilt auch für Frauen und Jugendliche.« Diesen Kriterien müsse ein gesetzlicher Mindestlohn gerecht werden. Ein Mindestlohn, der unterhalb der Pfändungsfreigrenze (z.Zt. 989,99 Euro netto) liegt, sei sachlich und verfassungsrechtlich nicht akzeptabel. Im Handel würde ein gesetzlicher Mindestlohn insbesondere den so genannten »Packteams« von Serviceunternehmen direkt helfen.

Von der Politik erwartet der Landesfachbereich auch, dass es deutlich einfacher wird, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. »Die Blockadepolitik in den Tarifausschüssen muss

gebrochen werden«, so ver.di-Landesfachbereichsleiterin Lieselotte Hinz. »Gerade Tarifverträge, die seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts immer allgemeiner verbindlich waren, wie die im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel, müssen es wieder werden. Allein ein solcher Schritt würde die soziale Lage hunderttausender Frauen nachhaltig verbessern.«

Strikte Beschränkung der Sonntagsöffnungen

Hinsichtlich der Öffnungszeiten im Einzelhandel fordert ver.di Handel die Landesregierung in NRW auf, Sonntagsöffnungen strikt zu beschränken und dem Beispiel von Bayern zu folgen und zum alten Ladenschlussgesetz zurückzukehren.

AHA

ATMOSPHERE IM UNTERNEHMEN HAT SICH VERBESSERT

ZARA: Es tut sich etwas



In den USA ist Zara in 24 Städten vertreten FOTO: ARCHIV

Vorwiegend positiv ist die Entwicklung bei der Textilkette Zara in der Bundesrepublik. So wird es im Herbst wieder Verhandlungen über bessere Entgelte für die knapp 3.000 Beschäftigten in den deutschen Filialen des zum spanischen Inditex-Konzerns gehörenden Unternehmens geben. Für Irritation sorgte allerdings Mitte August die Ankündigung, Zara Deutschland umzufirmieren und künftig als niederländische Gesellschaft zu führen.

»Als Grund nannte die Geschäftsleitung insbesondere steuerrechtliche Vorteile und eine effizientere Führungsstruktur, da künftig nicht mehr für jede Vertriebschiene eine eigene Geschäftsleitung gebildet werden muss«, sagt Orhan Akman der für Zara zuständige ver.di-Sekretär vom Fachbereich Handel in Bayern. So würde der bisherige Geschäftsleiter der Zara Deutschland

GmbH, Arndt Brockmann, künftig die Geschäftsführung der niederländischen übernehmen und damit automatisch auch für die deutschen Filialen zuständig bleiben. Brockmann selbst hatte in einem Brief an die Zara-Betriebsräte und den GBR Mitte August klargestellt, dass die »Änderung der gesellschaftsrechtlichen Struktur (...) weder Auswirkungen auf die Inhalte der Arbeitsverhältnisse oder der Gesamtzusage, noch auf Euer Amt oder Eure Tätigkeit als Betriebsrat bzw. Gesamtbetriebsrat« habe. Offen ist derzeit noch, ob nach der neuen Geschäftsform noch die Wahl eines Aufsichtsrates zulässig ist. Das prüft derzeit ein vom GBR beauftragter Rechtsanwalt in Hamburg.

Generell, so stellt Orhan Akman fest, habe sich in den zurückliegenden drei Jahren bei Zara vieles zum Besseren gewandelt. So sei der Anteil befristeter

Beschäftigungsverhältnisse von nahezu fünfzig auf weit unter zwanzig Prozent zurückgegangen. Viel mehr Mitarbeiter/innen als früher würden inzwischen von Anfang an korrekt eingruppiert. »Ganz wichtig ist aus meiner Sicht auch, dass die Kolleginnen und Kollegen weniger Angst haben, sich etwa bei Betriebsversammlungen zu äußern.« Der Umgang zwischen der Geschäftsleitung auf der einen, ver.di, Betriebsräten und Beschäftigten auf der anderen Seite habe sich insgesamt positiv entwickelt. »Der Arbeitgeber hat natürlich auch gemerkt, dass eine bessere Atmosphäre im Unternehmen allen zugute kommt«, sagt Orhan Akman.

Neben den bevorstehenden Verhandlungen stehen für ver.di und die Betriebsräte im Herbst insbesondere die Themen Personaleinsatzplanung und Arbeitszeit auf der Agenda. Auch hier sollte sich nach den Erfahrungen der letzten Zeit einiges voranbringen lassen, hofft der ver.di-Betreuungssekretär.

GG

KEIN ENDE DES PERSONALABBAUS BEI METRO C+C IN SICHT

Proteste gegen Schrumpfkurs

Ganz unvermutet lagen sie in den Regalen etlicher Metro Cash-and-Carry-Märkte: Auf leuchtend grünem Papier gedruckte Kurzbotschaften, dass ver.di etwas gegen die angekündigten Schließungen der Märkte in Berlin-Pankow, Berlin-Marzahn und Halle tun werde. »Bei der Geschäftsleitung hat die Aktion für erhebliche Unruhe gesorgt«, weiß Siegmund Roder, der für Metro C+C zuständige Sekretär in der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel.

ver.di hofft auf ein starkes Engagement

Die Betriebsräte der drei Häuser haben nach der Schließungsankündigung Fortführungskonzepte entwickelt, die derzeit zumindest geprüft werden (Entscheidungen darüber gab es erst nach Redaktionsschluss). Nach einer Demonstration für den Erhalt der Märkte am 10. August in Berlin und einer Sitzung der Haustarifkommission in der zweiten Augushälfte steht nun vor allem Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit an. »In den nächsten Betriebsversammlungen werden wir den Kolleginnen und Kollegen verstärkt vermitteln, dass der Personalabbau bei der Metro C+C in

Deutschland weitergehen könnte«, sagt Siegmund Roder. Mit der Schließung dreier Häuser sei vermutlich noch kein Ende des Schrumpfkurses erreicht. So wären nach der Verschmelzung mit C+C Schaper zum 1. Januar 2011 weitere Marktschließungen denkbar.

Außerdem sollen die Beschäftigten bei den Betriebsversammlungen über den Stand der Arbeit in der Tarifkommission informiert werden und über die Möglichkeiten, für einen Beschäftigungssicherungsvertrag aktiv zu werden. Ein erster Entwurf für einen solchen Tarifvertrag liegt inzwischen vor, der insbesondere den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen während der Laufzeit des Vertrages vorsieht. Allerdings hat die Arbeitgeberseite deutlich signalisiert, keine Verhandlungen mit ver.di zu diesen Fragen aufzunehmen. »Wir werden am Ende mit unseren Aktivitäten so erfolgreich sein, wie es uns gelingt, die Kolleginnen und Kollegen in den Märkten zu mobilisieren«, erklärt der ver.di-Betreuungssekretär. Da sich letztlich niemand auf mittlere Sicht sicher sein könne, den Arbeitsplatz zu behalten, hofft er auf starkes Engagement.

GU DRUN GIESE



Protest vor der Metro-Repräsentanz in Berlin

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSIFOTO.DE

GROSS- UND AUSSENHANDEL

KURZ & KNAPP

► **BEACHTLICHES PLUS:** Der Groß- und Außenhandel hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im zweiten Quartal 2010 nominal um 12,2 Prozent und real um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zulegen können. Der Konsumgüterhandel verzeichnete einen Zuwachs um nominal 6,6 Prozent und real 4,9 Prozent. Im Produktionsverbindungshandel kam es im zweiten Quartal zu Umsatzsteigerungen von nominal 17,1 Prozent und real 8,9 Prozent.

► **WACHSTUMSTREIBER:** Aus den Anfang August vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen geht hervor, dass der deutsche Außenhandel ein sehr gutes Halbjahresergebnis vorgelegt hat. Die Ausfuhren stiegen um 18 Prozent und die Einfuhren um knapp 17 Prozent. Trotzdem konnte der dramatische Einbruch bei den Ausfuhren im ersten Halbjahr 2009 in Höhe von 23 Prozent noch nicht wettgemacht werden. China erweise sich als eindeutiger Wachstumstreiber, erklärte Anton F. Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA). Es habe sich schon jetzt zum wichtigsten Beschaffungsmarkt entwickelt und schicke sich an, auch bald wichtigster Absatzmarkt für deutsche Produkte außerhalb der EU zu werden.

► **BLITZUMFRAGE:** Die deutschen Baustoff-Fachhändler haben trotz des langen Winters im 1. Halbjahr 2010 ein Umsatzplus von 3,8 Prozent erzielt. Wie eine Blitzumfrage unter den 900 Mitgliedsfirmen des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel e. V. (BDB) zeigt, konnte das Geschäft mit gewerblichen Kunden um 4,8 Prozent gesteigert werden, das Geschäft mit privaten Kunden legte um 1,4 Prozent zu. Für das 2. Halbjahr 2010 erwarten 42,4 Prozent der Baustoff-Fachhändler steigende Umsätze. 71,5 Prozent schätzen die weitere Entwicklung des Unternehmens mit gut oder zufriedenstellend ein. Dem BDB gehören u.a. auch die Konzerne BayWa und Saint-Gobain an.

INTERVIEW: GU DRUN GIESE

NACH GEFRAGT

Es wird künftig viel enger

UWE GÖRG, STELLVERTRETENDER GBR-VORSITZENDER BEI PHOENIX, ZUR GESUNDHEITSREFORM

Die Neuverteilung der Kosten im Gesundheitswesen durch die schwarzgelbe Bundesregierung trifft auch den Pharmagroßhandel. Wie sich das auswirken wird, weiß im Moment niemand genau. Eine erste Einschätzung zu den möglichen Risiken gibt Uwe Görg, stellvertretender GBR-Vorsitzender und Sprecher des Wirtschaftsausschusses beim Marktführer Phoenix.

Was soll sich mit den von Bundesgesundheitsminister Rösler angekündigten Einschnitten für den Pharmagroß-

handel konkret verändern?

UWE GÖRG: Statt der 6,5 Prozent Handelsspanne, die wir bisher hatten, soll es künftig garantiert pro Arznei 60 Cent plus 1,7 Prozent vom Preis geben. Nach oben ist eine Deckelung bei 20,40 Euro pro Medikament vorgesehen. Das bedeutet eine extreme Reduzierung der Handelsspanne und gefährdet damit die Qualität von Lagerhaltung und Logistik, denn der Pharmagroßhandel muss Medikamente vorhalten, die eine geschlossene Kühlkette benötigen und 1.000 Euro oder mehr wert sind.

Wird es denn wirklich zu diesem starken Einschnitt kommen?

UWE GÖRG: Der Verband des Pharmagroßhandels hat zwar ein Veto gegen die Preissenkungen eingelegt, aber so wie es im Moment aussieht, wird es dazu kommen.

Wie stellen sich die Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertretungen auf diese schlechtere Situation ein?

UWE GÖRG: Wir können im Moment nicht einschätzen, welche Pläne die Arbeitgeberseite verfolgt, um die Kosten zu

reduzieren. Klar ist, dass niemand der Wettbewerber Marktanteile verlieren will. Die Betriebsräte informieren in Betriebsversammlungen über die geplanten Änderungen. Weitere Schritte sind derzeit nicht möglich, da unklar ist, wie sich die neue Preisgestaltung auswirken wird. Uns ist es wichtig, dass weiterhin eine vernünftige Lagerhaltung und Logistik möglich bleibt und wir Medikamente in bestmöglicher Qualität an die Apotheken liefern können.

WENIG BEKANNT, ABER SEHR ERFOLGREICH

Rosige Aussichten für die BayWa

Es gibt Unternehmen, denen es wirtschaftlich richtig gut geht, die expandieren, in vielen Ländern vertreten sind – und die dennoch kaum jemand kennt. Die BayWa, das steht für Bayerische Warenvermittlung, gehört in diese Kategorie. Mit bundesweit zirka 12.500 Beschäftigten und Umsatzerlösen von 3,8 Milliarden Euro (zum

30.6.2010) ist das Unternehmen mit Hauptsitz in München europaweit ein Schwergewicht im Agrarhandel. Außerdem stützt sich die gute BayWa-Bilanz auf die Geschäftszweige Baustoffe, Technik, Bau- und Gartenmarkt sowie Energie.

Die gewerkschaftliche Verankerung der Beschäftigten ist derzeit freilich noch

nicht so, wie ver.di sich das wünscht. Jedoch: »Es tut sich einiges bei der BayWa«, erklärt Stefan Kraft vom ver.di-Fachbereich Handel in Bayern. »Seit September gibt es eine neue Tarifkommission, die sehr gut zusammengesetzt ist. Außerdem planen wir im November eine Betriebsrätekonferenz, die den Austausch zwischen den Arbeitnehmervertretern der BayWa und ver.di intensivieren soll.«

Positiv konnte sich ver.di bereits im Frühjahr für die BayWa-Beschäftigten engagieren: Mitte April schloss die Gewerkschaft mit dem Unternehmen einen Tarifvertrag ab, der eine monatliche Entgeltsteigerung von 50 Euro ab 1. Mai 2010 vorsah. Die Ausbildungsvergütungen wurden zum 1. September um 8 Euro pro Monat erhöht. Besonders wichtig ist aus Sicht Stefans Krafts allerdings, dass die Vertragslaufzeit auf 18 Monate begrenzt wurde, von November 2009 bis April 2011. »Auf diese Weise finden die nächsten Tarifverhandlungen im Frühjahr 2011 gleichzeitig mit den Flächentarifverhandlungen statt, so dass es eine engere Kooperation geben kann.« Bisher sind die BayWa-Beschäftigten kaum mit der Tarifbewegung



FOTOS: BAYWA

verbunden gewesen. Der ver.di-Betreuungssekretär erkennt allerdings viel Potential in dem Betrieb. Er selbst betreut bei der BayWa die Tarifarbeit und den GBR. Im Alltagsgeschäft sollen sich die Betriebsräte hingegen vor allem an die Sekretäre der ver.di-Bezirke wenden. Stefan Kraft: »Mit verbesserten Strukturen werden wir auch mehr Resonanz erhalten; da bin ich recht optimistisch.« Im kommenden Jahr könnten die BayWa-Beschäftigten dann erstmals praktische Erfahrungen als Bestandteil einer Tarifbewegung sammeln.

GG



Messestand

ANGEBOT

Neues Bildungsprojekt

Die Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel startet ein neues Qualifizierungsprojekt für Ehrenamtliche. Es soll am 1. Januar 2011 beginnen und sich über zwei Jahre erstrecken. 20 bis 25 Fachgruppenmitglieder aus den Bezirken und Landesbezirken können daran teilnehmen, um in verschiedenen von ver.di b+b angebotenen Seminaren Kenntnisse über Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, Kommunikations- und Arbeitsmethoden, Fachgruppenarbeit und vieles mehr zu erlangen. Mit diesem Bildungsprojekt möchte die Bundesfachgruppe Groß- und

ver.di b+b

Außenhandel mittelfristig vor allem Nachwuchskräfte auf der ehrenamtlichen Landes- und Bundesebene gewinnen.

MIT »HANDEL(N) AUSGEZEICHNET 2010« SETZT VER.DI AUF DIE MACHT DER KUNDEN IM HANDEL

Kampagne in Hamburg gestartet

Raus aus Betrieb und Gewerkschafts- haus und ran an die Kunden, das ist das Motto einer neuen Kampagne des Fachbereichs Handel im ver.di-Landesbezirk Hamburg.

Fair Trade-Projekte wie die Kampagne für saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, CCC) praktizieren es bereits mit Erfolg: Sie nennen Namen und Fakten von Textildiscountern, die ihre Produzenten in Entwicklungsländern gnadenlos ausbeuten und setzen sie damit unter Druck, denn für immer mehr Kunden spielt ein sauberes Image eine wichtige Rolle bei der Kaufentscheidung. Hier knüpft die ver.di-Kampagne »Handel(n)

ausgezeichnet« an, denn auch hierzulande sind die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel bekanntlich oft miserabel. »Wir wollen allerdings keine Negativliste erstellen, sondern Unternehmen auszeichnen, die unsere Mindestkriterien erfüllen«, erklärt Landesfachbereichsleiter Arno Peukes.

Mindestkriterien für Handelsbetriebe

An sechs Kriterien sollen die Einzelhändler gemessen werden: Wird der vereinbarte Tariflohn bezahlt? Erfolgt eine richtige tarifliche Eingruppierung?



FOTOS: MATHIAS THURM

Werden tarifliche Mehrarbeitszuschläge gezahlt? Werden tarifvertragliche Spät- und Nachtzuschläge gezahlt? Stellt das Unternehmen Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung? Und gibt es einen Betriebsrat? »Mit unserer Kampagne wollen wir zeigen, welche Unternehmen in Hamburg ihre Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten wahrnehmen und die Kolleginnen und Kollegen nach unseren Mindestkriterien beschäftigen. Hierdurch kann der Kunde mit seinem täglichen Einkauf mitentscheiden, ob er dieses Unternehmen unterstützt«, so Peukes.

Jedes Jahr eine öffentliche Auszeichnung

In einem ersten Schritt werden zur Zeit von Betriebsräten, Beschäftigten und Vertrauensleuten die erforderlichen Informationen zusammengetragen. Im

November soll es dann soweit sein: Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung sollen die ausgezeichneten Unternehmen präsentiert werden. Die Ergebnisse, die laufend ergänzt und aktualisiert werden, können auch im Internet abgerufen werden. Geplant ist, die Veranstaltung zu etablieren, das heißt, in Zukunft jedes Jahr eine öffentliche Auszeichnung vorzunehmen und langfristig

mit Kirchen, Verbänden und Interessierten ins Gespräch zu kommen.

Um die Kampagne in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wird sie von ungewöhnlichen Aktionen wie »Straßenzeitung lesen« begleitet, wobei Kolleginnen und Kollegen sich mit Plakaten in Form überdimensionierter Zeitungen an den Rand viel befahrener Innenstadtstraßen setzen und auf sich aufmerksam machen. Noch bevor die Kampagne so richtig gestartet ist, kann sie sogar schon erste Erfolge verbuchen. Aus Einzelhandelsverband und einem großen Handelsunternehmen seien bereits Anfragen zum Ablauf der Aktion und zum Kriterienkatalog gekommen, sagt Peukes. Das Interesse, den Segen von ver.di zu bekommen und in eine Positivliste aufgenommen zu werden, scheint demnach groß zu sein.

MTH

www.handeln-ausgezeichnet.de



Aktion »Straßenzeitung lesen«



FOTO: VER.DI

NACH GEFRAGT

Kunden können Einfluss nehmen

DREI FRAGEN AN ARNO PEUKES, DER IN HAMBURG SEIT KURZEM DEN VER.DI-LANDESFACHBEREICH HANDEL LEITET

Was verspricht ihr euch von der Kampagne?

Wir wollen den Kundinnen und Kunden in Hamburg zeigen, dass sie selbst mit jedem Einkauf Einfluss darauf nehmen können, unter welchen Bedingungen die Beschäftigten des Einzelhandels in unserer Stadt arbeiten. Darüber hinaus wollen wir mit allen an einem nachhaltigen und fairen Handel Interessierten in eine gemeinsame Diskussion kommen. Ich erlebe in der heutigen Debatte, dass die Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder bis jetzt nur selten wahrgenommen werden. So werden zum Beispiel auf Utopia, einer Plattform für strategischen Konsum, für Hamburg viele freie Edeka-Märkte als

Beispiele für einen guten Einkauf aufgeführt. Es handelt sich dabei in vielen Fällen genau um die Geschäfte, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen unter Tarif arbeiten müssen. Für uns sieht fairer Handel anders aus. Deswegen wollen wir einen Prozess beginnen, in dem alle Interessierten an diesem Thema voneinander lernen können.

Wird es überhaupt Läden geben, die alle Mindestkriterien erfüllen?

Mit Sicherheit werden wir Unternehmen im November auszeichnen. Schließlich haben wir uns zunächst bewusst auf nur sechs Kriterien konzentriert. Damit sind nicht alle Aspekte



Arno Peukes

eines wirklich ausgezeichneten Handels abgebildet. Die Kampagne heißt »Handel(n) Ausgezeichnet 2010«. Damit wollen wir signalisieren, dass wir anfangen und im gemeinsamen Gehen weitere Aspekte Jahr für Jahr aufnehmen. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und mit allen an diesem Thema Interessierten.

Was passiert mit den Schwarzen Schafen der Branche, kommen die diesmal ungeschoren davon?

Als wir im Fachgruppenvorstand vor fast einem Jahr angefangen haben, unsere Kampagne zu entwickeln, hat uns ein Gedanke besonders motiviert:

Wir stehen vor Märkten und Geschäften und loben. Es ist für unsere tägliche Arbeit eher ungewöhnlich, uns mit einer positiven Botschaft an die Kundinnen und Kunden zu wenden. Deswegen steht dies im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Natürlich werden wir die Schwarzen Schafe hier in Hamburg weiterhin benennen. Eins ist doch klar: Die KiKs unserer Stadt bekommen keine Ruhe. Dafür planen wir gerade ein paar neue Aktionsformen. Gemeinsam mit den Organisationen, die über die Kampagne bereits jetzt mit uns im Austausch über Anforderungen an einen ausgezeichneten Handel sind. Lasst euch überraschen.

INTERVIEW:
MATHIAS THURM

AUF KANDIDATENSUCHE MIT ORIGINELLER AKTION

Vom 1. Oktober bis zum 30. November finden in diesem Jahr die Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) statt. Die Gremien nehmen die besonderen Interessen junger Beschäftigter und Auszubildender wahr. »Leider gibt es in vielen Betrieben des Einzelhandels wie auch des



Groß- und Außenhandels inzwischen so wenig Auszubildende, dass viele Mandate verloren gehen werden«, sagt Stefan Najda, der für junge Beschäftigte zuständige ver.di-Sekretär im Fachbe-

Start frei für die JAV-Wahlen 2010



reich Handel. Mindestens fünf jugendliche Beschäftigte unter 18 oder Auszubildende unter 25 Jahren muss es in einem Betrieb geben, um eine einköpfige JAV wählen zu können.

Eine besonderer Steckbrief bei real,-

Zumindest dort, wo die Zahl der jungen Beschäftigten und Azubis für eine Wahl reicht, sollten aber auch alle Man-

date besetzt werden, findet er. Deshalb wirbt ver.di, werben aber auch bestehende JAV'en intensiv für die bevorstehende Wahlperiode. Beim Einzelhandelsunternehmen real,- zum Beispiel, wo die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung mit einer originellen Aktion auf Kandidatensuche geht: In 246 real,-Häusern werden die grünen ver.di-JAV-Wahlschilder und ein eigens erstellter Steckbrief ausgehängt. »Wir wollen die jungen Beschäftigten und Auszubilden-

den ermuntern, sich an den Wahlen zu beteiligen oder auch selbst zu kandidieren«, erklärt Katharina Golbs, GJAV-Vorsitzende bei real,-. Leider gelte auch für dieses Unternehmen, dass die Zahl der jungen Beschäftigten längst nicht mehr in jedem Haus für die Wahl einer JAV reiche.

ver.di hat eine Vielzahl an Materialien zusammengestellt, die die Vorbereitung der JAV-Wahlen erleichtern und über Aufgaben und Rechte der Gremien informieren.

So gibt es die CD-Rom »JAV – Biss muss sein. Materialien zur JAV-Wahl«, die Formulare, Fristenplaner und vieles mehr enthalten. Für Wahlvorstände gibt es spezielle Schulungen, die der/die zuständige ver.di-Jugendsekretär/in vermitteln kann.

Den ersten und leichtesten Zugang zum Thema finden alle Interessierten über das Serviceportal der ver.di-Jugend: www.jav.info. Hier findet sich ein gut gegliederter Einstieg in das Thema JAV-Wahlen.



JAV Biss muss sein

GG